



An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

8. Oktober 2018

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In die Ratssitzung am 25. Oktober bzw. 29. Oktober 2018

Burgdorf beteiligt sich an Klage für Nachtflugverbot am Flughafen Langenhagen

Antrag zu beschließen:

1. Die Stadt Burgdorf beteiligt sich an der geplanten Klage der Arbeitsgemeinschaft „Besser ohne Nachtflug - Hannover Airport (BON-HA)“, die im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung gerichtlich ein Nachtflugverbot am Flughafen Hannover-Langenhagen erlangen will. Dafür wird außerplanmäßig eine Summe von 5.000 Euro bereitgestellt. Für diese Summe gilt ein Sperrvermerk, bis die Mindestsumme für die Klage von 50.000 Euro erreicht ist.
2. Die vom nächtlichen Fluglärm besonders betroffenen Kommunen Langenhagen, Garbsen und Isernhagen sowie die Region Hannover werden von Bürgermeister Alfred Baxmann angesprochen, sich wie die Stadt Burgdorf an der geplanten Klage finanziell zu beteiligen.

Begründung:

Der Flughafen Hannover-Langenhagen ist der einzige norddeutsche Flughafen ohne Flugpause in den Nachtstunden. Die Nachtfluggenehmigung für Hannovers Flughafen läuft am 31. Dezember 2019 aus und soll nach Auskunft der Niedersächsischen Landesregierung verlängert werden.

Seit Jahren nehmen am Flughafen Hannover-Langenhagen die Flugbewegungen in der Nachtzeit zu. Sie liegen nach aktuellem Stand vom März 2018 bei 18 Prozent, während der Flugverkehr am Tag rückläufig ist. Es wäre daher organisatorisch möglich – ohne wirtschaftlichen Schaden für den Flughafen - die bisherigen Nachtflüge auf die Tagesstunden zu verlegen und damit der betroffenen Bevölkerung in den genannten Kommunen eine gesundheitsfördernde Nachtruhe zu ermöglichen. Die benachbarten Flughäfen Hamburg, Bremen und Düsseldorf zeigen, dass so etwas möglich ist. Sie erzielen mit dem Verzicht auf Nachtflüge zudem deutlich höhere Gewinne als der Flughafen Hannover-Langenhagen.

Übereinstimmende Studien belegen, dass häufiger nächtlicher Lärm das Herz-Kreislauf-System schädigt und damit die Gesundheit der betroffenen Menschen beeinträchtigt. Im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger hat sich der Rat Langenhagen deshalb am 4. April 2018 mit großer Mehrheit für ein Nachtflugverbot am Flughafen Hannover-Langenhagen

ausgesprochen, ebenso wie kurz zuvor der Rat der ebenfalls vom Fluglärm betroffenen Gemeinde Isernhagen. Die Landesregierung hat aber diese eindeutigen Äußerungen der beiden Kommunen ignoriert.

Daher ist nun die Beteiligung der Kommunen an der angestrebten Klage von BON-HA, in der sich sieben Initiativen aus den betroffenen Kommunen zusammengeschlossen haben, der folgerichtig nächste Schritt, um die Gesundheit der Menschen in dieser Region zu schützen.

Die BON-HA schätzt die Kosten für die geplante Klage auf mindestens 50.000 Euro. Aus der Bevölkerung sind bisher private Spenden eingegangen. Eine inhaltliche und finanzielle Beteiligung der betroffenen Kommunen und der Region Hannover an der Klage würde dieser mehr inhaltliches Gewicht geben und sie finanziell ermöglichen.

Weitere Informationen: www.bon-ha.de

Michael Flückner